

»2009 wird das Jahr der Konzernkritik«

Markus Dufner vom Dachverband der Kritischen Aktionäre fordert verbindliche Spielregeln



Markus Dufner ist Geschäftsführer des Dachverbands Kritischer Aktionäre.

ND: Die Hauptversammlungen der börsennotierten Konzerne, die heute beginnen, stehen 2009 unter anderen Vorzeichen: Gewinne sind eingebrochen, viele schreiben rote Zahlen. Den Auftakt macht ThyssenKrupp. Was haben Sie den Aktionären des Konzerns zu sagen?

Markus Dufner: Wir halten die Rüstungsgeschäfte, insbesondere den Export eines U-Boots vom Typ 214 an Pakistan, für sehr bedenklich. Zusammen mit dem Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit haben wir einen Gegenantrag ausgearbeitet.

Und wie lautet Ihre generelle Botschaft an die Aktionäre der DAX-Konzerne?

2008 war das schlechteste Aktienjahr seit 1933. Die Finanzmarktkrise, die noch lange nicht vorbei ist, hat sich zu einer schweren Krise der Realwirtschaft ausgeweitet. Insofern wird 2009 zu einem Jahr der Konzernkritik. Das Problem ist, dass es so viele Missstände in den Unternehmen gibt, dass man sie gar nicht alle gleichzeitig auf den Hauptversammlungen ansprechen kann. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre hat sich deshalb entschlossen, zunächst Kritik auf der Metaebene vorzubringen, im Bereich der Unternehmensverantwortung. Daher starten wir nun unsere Kampagne »Spielregeln für Global Players«.

Was verbirgt sich dahinter?

Wir benennen drei einfache Regeln für die Konzerne: Sei ein ehrbarer Kaufmann und kein Hasardeur, orientiere dich am Gemeinwohl und verpflichte dich, die Spielregeln einzuhalten! Dies bedeutet ganz konkret: Die Vorstände müssen endlich zur Vernunft kommen, aber auch die Anleger müssen mit Renditen im einstelligen Prozentbereich wieder zufrieden sein. Der »Shareholder Value« darf nicht länger im Vordergrund stehen, sondern ein breiterer »Stakeholder-Ansatz«, der auch die Interessen der Beschäftigten, von Kunden und Fremdkapitalgebern, von Gemeinden und Anwohnern der Betriebsstätten berücksichtigt.

Mit den üblichen Versprechen lassen Sie sich aber nicht länger abspeisen ...

Deshalb haben wir eine Unterschriftenaktion mit Forderungen an die Bundesregierung und den Bundestag gestartet. Vorstände von Aktiengesellschaften müssen per Gesetz persönlich haftbar gemacht werden; ihre Gehälter sind zu begrenzen – auf höchstens das Zwanzigfache des durchschnittlichen Lohns im Unternehmen. Außerdem muss der Wechsel von Vorständen in den Aufsichtsrat desselben Unternehmens endlich verboten werden, da das Gremium dann kaum als unabhängiger Kontrolleur arbeiten kann.

Kritik an Konzernen und Vorständen ist derzeit in Mode. Rechnen Sie mit mehr Unterstützung aus den Reihen der gewöhnlichen Aktionäre als früher?

Wir hoffen, wir können viele davon überzeugen, dass die Forderung nach kräftigen Dividendenerhöhungen nicht länger durchzuhalten ist und letztendlich dem Unternehmen schadet. In den letzten Jahren wurde bei vielen Konzernen zu viel Kapital zugunsten der Aktionäre rausgezogen.

Das dürfte sich in der Krise rächen, wo es finanziell enger wird.

So ist es, die Eigenkapitaldecke ist zu gering. Das zeigt sich gerade bei den Banken, die auf staatliche Rettungspakete angewiesen sind.

Wie ist Ihre Position zu diesen Rettungsaktionen?

Unserer Ansicht nach müssten die staatlichen Bürgschaften verbunden sein mit strengeren Auflagen. Es kann nicht angehen, dass die Banken diese Sicherheiten oder auch tatsächliche Zahlungen bekommen, ohne dass sie von staatlicher Seite stärker kontrolliert werden als das bisher von der Bundesregierung geplant ist.

Aber lässt sich der von Ihnen geforderte breitere »Stakeholder-Ansatz« nach einer Teilverstaatlichung nicht besser realisieren?

Wir glauben immer noch nicht daran, dass es in Deutschland zu einer dauerhaften Verstaatlichung kommt. Und auch dies wäre kein Allheilmittel – auch bei der staatlichen KfW-Bankengruppe wurden ja große Fehler gemacht. Überlegenswert wäre die Einrichtung von Kundenbeiräten, was bei der Übernahme der Dresdner durch die Commerzbank im Gespräch ist. Bei den Banken dürfen Falschberatung oder Irreführung der Kunden wie beim Verkauf der Lehman-Zertifikate nicht mehr vorkommen. Man sollte sich zwar keine Wunder erwarten, aber es wäre ein neues Moment in der Landschaft der Konzerne, wenn Kunden- oder auch Belegschaftsbeiräte Einfluss nehmen könnten. Darüber hinaus sollte es in Aktiengesellschaften neutrale Instanzen geben, an die Mitarbeiter Missstände melden können.

Fragen: Kurt Stenger